

Mit der Verschlechterung des Altersaufbaues durch den Bogen der industriellen Ballungsräume sind naturgemäß auch die Geburtenüberschüsse in den Zonenrandgebieten unter den Bundesdurchschnitt zurückgegangen. Auch heute noch ist auf Grund der politisch bedingten Standortnachteile festzustellen, daß zahlreiche Betriebe in die westlichen Teile der Bundesrepublik abwandern. So nahm z.B. im Zeitraum von 1949 bis 1956 die Zahl der Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein um 23%, in Niedersachsen um 14%, in Hessen um 14,5% und in Bayern ebenfalls um 14% ab. Im Bundesdurchschnitt betrug die Abnahme im gleichen Zeitraum 12%. Sollte gerade diese Schwächung der mittleren und kleinen Betriebe im Zonenrandgebiet nicht auch den Kreisen zu danken geben, die nicht müde werden, sich zum Sprecher mittelständischer Interessen zu machen?

Krisenanfällige Industrie

Aber auch die Industrie ist einseitig und damit krisenanfällig. Die wenigen Ausnahmen von den immer wieder genannten Spezialbetrieben in den Zonenrandgebieten fallen nicht ins Gewicht; sie bestimmen nicht die Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete. Die schlechte Finanzstruktur fast aller Unternehmungen und Betriebe wird bei der geringsten konjunkturellen Abschwächung dazu führen, daß zuerst die Zonenrandgebiete hiervon betroffen werden. Selbst wenn die Wirtschaftslage in den Zonenrandgebieten durch den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung die strukturellen Mängel teilweise überlagert hat, so werden diese Schwächen bei einem Rückgang der Produktionen bloßgelegt. Heute noch besteht die Gefahr, daß die politisch so bedenkliche passive Sanierung durch weitere Abwanderungen voranschreiten wird angesichts der Tatsache, daß nach zuverlässigen Schätzungen bis 1960 in den Zonenrandgebieten rd. zusätzlich 500 000 Personen als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es sind bisher noch keine Anzeichen vorhanden, wie man hier in großzügiger Weise Betrieben und Menschen eine Existenzmöglichkeit in den Zonenrandgebieten schaffen will.

Es können auch keine Zweifel darüber bestehen, daß es Aufgabe des Bundes ist, die Folgen der Zonengrenze durch ein umfassendes wirtschaftliches und kulturelles Strukturprogramm für die Zonenrandgebiete zu beseitigen. Die bisher vielfach geübte Methode, die Lasten dieses politischen Erbes des durch Hitler entfesselten Zweiten Weltkrieges auf die Länder und Gemeinden an der Zonengrenze abzuwälzen, ist energisch abzulehnen. Hier besteht eine unabhängige Verpflichtung der Allgemeinheit, die sich nicht nur in Deklamationen erschöpfen darf. Es besteht auch kein Zweifel, daß die wirtschaftliche Gesundung dieser Gebiete eine der besten Voraussetzungen für die Wiedervereinigung ist; und es hat sich zu beweisen, inwieweit man bereit ist, hierfür in der Bundesrepublik Opfer zu übernehmen.

Zentrales Strukturprogramm notwendig!

Die Ursachen der entmutigenden Bilanz über die bevölkerungspolitische und wirtschaftliche Situation in den Zonenrandgebieten liegen darin, daß bisher versäumt wurde, ein zentral gesteuertes, umfassendes und langdauerndes Strukturprogramm durchzuführen. Aus diesem Grund haben die Sozialdemokraten im Bundestag einen Vorschlag vorgelegt, der in seiner Konsequenz darauf abzielt, die bereits laufenden und in Zukunft notwendigen Maßnahmen zu koordinieren und zentral zu steuern. Die organisatori-

schen Vorschläge beziehen sich hierbei auf die Lenkung der Kredit- und Zinsverbilligungshilfen, die aus verschiedenen Quellen stammen, die Abstimmung der Entwicklungspläne der Länder mit den Maßnahmen eines Strukturprogramms und die Errichtung einer Bundesgarantiekasse für die Zonenrandgebiete. Die vorgeschlagene Koordinierung durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen kann selbstverständlich auch durch eine andere Stelle, z.B. auch durch einen Bundesbeauftragten, wahrgenommen werden. Nur unter diesem zentralen Gesichtspunkt der einheitlichen Steuerung aller raumordnerischen Initiativen sind die nachstehenden beispielhaft gegebenen Ansätze eines Strukturprogramms des sozialdemokratischen Antrages im Bundestag zu verstehen.

Bei den Vorschlägen über den Ausbau der Verkehrswege ist immer zu bedenken, daß gerade die Zonenrandgebiete in ihren Verkehrsverbindungen jederzeit wieder gegenüber der sowjetisch besetzten Zone geöffnet werden können. Es wäre daher verfehlt, auf dem Gebiet des Verkehrs ausschließlich nach den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit zu verfahren. Die Notwendigkeit der verkehrsmäßigen Erschließung wird auch hier Opfer verlangen, die zu dokumentieren haben, inwieweit man es ernst mit der Einleitung von wirtschaftlichen Maßnahmen zur Wiedervereinigung meint.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Unterstützung des Facharbeiter-Wohnungsbaus durch ein Sonderprogramm. Zum Ausgleich der Standortnachteile haben die Sozialdemokraten vorgeschlagen, Sonderabschreibungen gesetzlich zu verankern und eine Umsatzsteuer-Präferenz, ähnlich wie in Berlin, zu schaffen. Hiermit soll ausgeschaltet werden, daß durch unterschiedliche Anwendung sogenannter Prosperitätsklauseln für die Kalkulationen der Betriebe Unsicherheitsfaktoren geschaffen werden, die sie veranlassen könnten, das Zonenrandgebiet zu verlassen. Die Bedenken gegen eine Umsatzsteuer-Präferenz schaltet der sozialdemokratische Vorschlag dadurch aus, daß sie nur auf die Herstellerbetriebe von Waren und Leistungen beschränkt werden soll.

Die außerordentlich starke Kreditbedürftigkeit im Hinblick auf die notwendige technische Modernisierung und Rationalisierung in den Betrieben kann nur dann befriedigt werden, wenn der Bund durch selbstschuldnerische Bürgschaften diese Aufgaben übernimmt. Die unterschiedliche Bankenstruktur und die sehr unterschiedliche Kreditbereitschaft, vor allem der Großbanken, hat gezeigt, daß bisher auf dem Wege der Kredit- und Zinsverbilligungshilfen nur unvollkommene Resultate erzielt werden konnten. Auch muß gefordert werden, daß die öffentliche Hand stärker als bisher von der Existenz von sieben Millionen Einwohnern in den Zonenrandgebieten Kenntnis nimmt. Es ist z.B. unerträglich, daß allein in Schleswig-Holstein 220.000 m² Fabrikhallen, die von der Bundesliegenschaftsverwaltung zu verpachten sind, leerstehen.

Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von Einzelvorschlägen, die von der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bis zur besonderen Unterstützung der Maßnahmen zur Strukturverbesserung der Landwirtschaft reichen, die ebenfalls von den Sozialdemokraten vorgeschlagen werden. Angelpunkt für eine Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Zonenrandgebieten kann aber nur die Zusammenfassung zu einem zentral gesteuerten und langdauernden Strukturprogramm sein.

+ + +

Vom Zarenreich zur Sowjetunion

W.R. - Ende Oktober 1917 trat die russische Revolution in ihr entscheidendes Stadium. Kerenski war nicht in der Lage, die aus bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten gebildete Regierung zu einem nachvollkommenen Instrument zur Lösung der Kriegsfrage und der nötigen Reformen auszubauen. Kerenski und seine Regierung wurden von der bolschewistischen Revolution mit militärischen Mitteln hinweggefegt. Der demokratische Staat Rußland, der in den Februartagen 1917 gegründet worden war, ging mit dieser Regierung zu Grunde.

Die Bolschewisten unter Lenins Führung übernahmen die Macht. Der Bürgerkrieg tobte im Lande, ausländische Truppen besetzten Teile des russischen Staates und intervenierten zu Gunsten der weißen Armee. Nach der Periode des Kriegskommunismus, die etwa 1922 abgeschlossen war, mußte der Neuaufbau des Staates und der Wirtschaft vorgenommen werden.

Ein Großteil der Industrieanlagen wurde bereits 1918 entschädigungslos enteignet und in Staatsbesitz überführt. Trotzdem bestand weiterhin bis 1928 ein nicht unerheblicher Sektor der Privatindustrie. Etwa 18 % der kleineren und mittleren Betriebe befanden sich unter staatlicher Aufsicht noch in privater Hand. Die Landwirtschaft war fast restlos in Händen von Klein- und Mittelbauern; denn 1918 waren nur 0,1 % aller Bauernkollektiviert; 1925 wurden erst 1,7 % genossenschaftlich bewirtschaftet. Ab 1930 stieg die Verstaatlichung der Bauernwirtschaften rapide an. In diesem Jahre waren etwa 24 % sozialisiert, 1937 waren es 93 %. Nach der Periode des Kriegskommunismus wurde die Interimsperiode der "Neuen ökonomischen Politik" (NEP) geschaffen, die schließlich durch das Fünfjahres-Plansystem ab 1927 liquidiert wurde. Lenin und seine Freunde, die gehofft hatten, daß die russische Revolution lediglich "Das schwächste Glied in der Kette der kapitalistischen Staaten" sei, mußten nach 1920 erkennen, daß die mitteleuropäischen Industriestaaten nicht bereit waren, eine Revolution bolschewistischen Musters durchzuführen. Das war sein Irrtum, der auch weitgehende theoretische Folgen hatte. Lenin glaubte, daß Rußland ohne technische Hilfe hochindustrialisierter Staaten wie Deutschland und Frankreich, unfähig sei, einen "sozialistischen Staat" moderner Prägung aufzubauen. Er kannte die Schwäche des russischen Proletariats aufgrund der mangelhaften Industrialisierung zu genau, als daß er sich Illusionen hingeeben hätte. Erst Stalin zerschlug diesen von Marx geflochtenen gordischen Knoten mit der Formel "Von Sozialismus in einem Lande". Ab 1927 wurden rücksichtslos alle Mittel eingesetzt, um die Industrialisierung vorwärtszutreiben. Als die Bauernschaft diesen gewaltigen Akkumulationsprozeß nicht mitmachen wollte, wurde die Kollektivierung des Bauerndorfes mit brutaler Gewalt durchgeführt. Jetzt hatte man die Mittel frei, um notfalls mit landwirtschaftlichen Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt die Devisen für den industriellen Aufbau zu erhalten. Es war unvermeidlich, daß bei einem so gewaltmäÙig durchgeführten Industrialisierungsprozeß und der Desorganisation in der Landwirtschaft, Hunger und Elend in breitesten Volksschichten um sich griffen.

Die bolschewistische Partei und deren Führung, die angetreten waren, um eine soziale Revolution durchzuführen, Klassegegensätze und Ungerechtigkeiten mit den Mitteln der Gewalt auszumerzen, waren zu einer völlig neuen Aufgabenstellung gekommen. Durch zentralistische Planung sollte die SS zur führenden Industriemacht der Welt gemacht werden. Die Veränderung der Sozialstruktur der sowjetischen Völker brachte aber noch Klassenschichtungen. Die Schicht selbständiger Bauern ging zugrunde und eine neue Schicht von Industrie- und Bauernproletariern wurde geboren. Gleichzeitig wuchs eine neue mächtige Schicht von Industriemanagern heran, die als neue Wirtschaftsführer erhebliche politische Macht manifestierten.

Der Krieg brachte unerhörte Verwüstungen mit sich und es schien, als wenn die Sowjet-Union unter diesen Schlägen zusammenbrechen würde. Überraschend schnell erholte sich jedoch die Wirtschaft und die neuen Planungen zeigen die gewaltigen Ziele, die sich die UdSSR gesetzt hat. Nach dem Tode Stalins wurden dringende Reformen und Reorganisationen an industriellen Wirtschaftskörper durchgeführt. Desgleichen sind in der Landwirtschaft Veränderungen vorgenommen worden, ohne das kommunistische Eigentum in Industrie und Landwirtschaft zu verändern.

Folgende Zahlen können den Industrieaufbau nur in großen Umriß aufzeigen. Sie sind aber symptomatisch auch für andere Wirtschaftszweige mit Ausnahme der vernachlässigten Konsumgüterindustrie.

Rußland erzeugte	1913	9,2 Mio. to Eisenerz
	1957	84,2 Mio. to "
(Plan)	1974	ca. 300,0 Mio. to "

Als Vergleichsmaßstab kann Amerika gelten, das 1957 ca. 108 Mio to verhielt.

Für Kohle werden folgende Zahlen genannt:

	1913	29,1 Mio. to
	1957	463,0 Mio. to
(Plan)	1974	ca. 750,0 Mio. to

Für Elektrizität:

	1913	1,9 Mrd. kWh
	1957	210,0 Mrd. kWh
(Plan)	1974	300,0 Mrd. kWh

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der UdSSR betrug im Jahre 1957 rd. 53 Millionen. Im Jahre 1913 waren es nur rd. 13 Millionen. Ein weiteres Ansteigen der Industrialisierung der sowjetischen Wirtschaft wird naturgemäß die Sozialstruktur weiterhin verändern.

Der Industrialisierungsprozeß erfordert einen unerhört großen wissenschaftlichen Apparat. Folgende Globalzahlen mögen hierüber eine Übersicht geben.

Hochschulen:	1915	105	mit	127 000	Studierenden
	1956	765	"	1 867 000	"
Technische- und Mittelfachschulen:	1915	450	mit	54 000	Studierenden
	1956	3 757	"	1 961 000	"

Bei Beurteilung der Industrieproduktion kann gesagt werden, daß sie qualitativ auf vielen Gebieten mit der westlichen Industrie durchaus konkurrieren kann. Mag es auch einzelne Zweige geben, wo ein Nachhinken festgestellt werden kann, so gibt es unzweifelhaft doch auch Einzelgebiete, wo die sowjetische Technik führend geworden ist. Das gilt nicht nur für die Sputniks. Der Westen, der bisher in Geringschätzung von der mehr oder minder guten Klischeeanstalten in der Sowjet-Union sprach, muß sein Schaubild, das er durch Tradition übernommen hat, korrigieren. Anderenfalls wird der Westen eines Tages vor der Tatsache stehen, daß eine riesengroße und leistungsfähige Industrieproduktion in der Sowjetunion einen unerhörten Druck auf die Weltmächte ausübt. Die Folge dieses Druckes in Form von exportiertem Finanzkapital, Güterexporten und Dienstleistungen sind schon heute deutlich zu spüren.

Aus österreichischen Erfahrungen lernen!

sp - In einem Vortrag in Stuttgart hat der österreichische Außenminister Dr. Figl die Bereitschaft seines Landes bekundet, an der Lösung der deutschen Frage nach besten Kräften mitzuhelfen. Die Bundesregierung wäre schlecht beraten, würde sie ein solches Hilfsangebot in den Wind schlagen. Die Stimme unseres südlichen Nachbarn hat immerhin einiges Gewicht. In den Vereinten Nationen wirken österreichische Vertreter tatkräftig mit, und sie haben sich durch ihren Mut zur Objektivität die Achtung auch vieler Grosser erworben.

Die führenden Staatsmänner der Alpenrepublik Österreich gaben ein Schulbeispiel dafür, was die hohe Kunst der Diplomatie und zur rechten Zeit angebrachte Klugheit zu leisten vermögen. Viele Jahre lang war Österreich ein besetztes Land, und manchmal schien es, als würden sich seine Besetzer für die Ewigkeit einrichten. In diesen schweren Jahren waren sich die staatstragenden Parteien in Österreich darüber einig, alles zu unterlassen, was der Wiedergewinnung der Souveränität im Wege stehen könnte. Sie achteten darauf, sich nicht Blöcken anzuschliessen, die eine Besatzungsmacht als unvereinbar mit der Wahrung der Sicherheit und dem Prestige des eigenen Landes empfand. Dabei liessen die Österreicher niemals einen Zweifel darüber aufkommen, woin sie gehören. Sie fühlten und fühlen sich als ein Bestandteil der westlichen Welt, ihrer Lebensordnung zugehörig, was auch schon äusserlich durch die vernichtende Niederlage der Kommunisten bei allen Wahlen sichtbaren Niederschlag fand. Das hinderte sie nicht, auf staatlicher Ebene mit der Sowjetunion guten Kontakt zu halten und um deren Verständnis für österreichische Notwendigkeiten zu werben. Diese Haltung trug reiche Früchte, sie gab der Alpenrepublik Österreich die Souveränität zurück. Die Sowjetunion ist eifrig auf die Einhaltung ihrer im österreichischen Staatsvertrag enthaltenen Verpflichtungen bedacht.

Die Wiedererlangung der österreichischen Souveränität erfolgte nach einem Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation, der Vertreter beider grosser Parteien angehörten, in Moskau. Dazu der österreichische Außenminister:

"Unsere bisherigen Erfahrungen mit den sowjetischen Behörden haben eindeutig bewiesen, dass in direkten Verhandlungen oft mehr zu erreichen ist als auf dem üblichen diplomatischen Wege. Das mag auch für die grosse Weltpolitik ein Fingerzeig und ein Hinweis sein."

Mit anderen Worten: wenn man etwas erreichen will, muss man auf allen Ebenen versuchen, Gespräche herbeizuführen und im Gespräch zu bleiben. Sollten diese österreichischen Erfahrungen nicht auch ein Fingerzeig für die massgeblichen Männer in der grössten bundesrepublikanischen Regierungspartei sein? Sollte man nicht aus dem Beispiel Österreich lernen? Seit langer, langer Zeit liegt eine Einladung des Obersten Sowjets an den Bundestag zu einem Besuch in die Sowjetunion vor; einflussreiche Kräfte in der CDU haben es verstanden, die Annahme dieser Einladung immer wieder hinauszuschieben. Sie sollten sich von ihrem Parteifreund, dem österreichischen Außenminister Dr. Figl, belehren lassen, wie unklug sie handeln, wenn sie direkte Kontaktmöglichkeiten mit leichter Hand ausschlagen. Was für Österreich gut war, könnte auch für die Bundesrepublik von Nutzen sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel